

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wie ist die Ausgangslage, wenn wir heute den Haushalt 2015 in die Beratungen einbringen? Die Steuereinnahmen in Deutschland sind historisch hoch und die Zinssätze historisch niedrig. Der Bundesfinanzminister rechnet mit einer schwarzen Null und deutet – zumindest sehr vorsichtig – Steuerentlastungen an. Bund und Land betonen immer wieder, dass die Kommunen nicht alleine gelassen werden und nicht überfordert werden sollen und kündigen zusätzliche Mittel für Asylbewerber und die Schulsozialarbeit an. Der Kreis gibt umfangreiche Pressemitteilungen heraus und betont, dass die Kommunen entlastet werden. Und wir in Hückeswagen? Wir reden über Steuererhöhungen – wie übrigens sehr viele der Kommunen in unserem Land. Wie kann das sein? Was läuft hier schief?

In der öffentlichen Diskussion werden aktuell die Finanzprobleme von Bund, Ländern und Kommunen breit diskutiert. Die Länder und der Bund streiten sich über die richtige Form des Länderfinanzausgleiches. Aber man hat den Eindruck, dass die Kommunen hierbei außen vor sind. Es gibt so günstige Rahmenbedingungen wie nie – und dennoch fehlt das Geld. Woran liegt das? Wie sind die Auswirkungen für Hückeswagen?

In unserem Land werden die staatlichen und sozialen Leistungen immer weiter verbessert. Davon profitieren viele Menschen auch in unserer Stadt. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen:

- Im Bereich der Jugendhilfe: Der Ausbau der U3-Plätze in unseren Kindergärten. Zusätzliche Gruppen wurden eingerichtet und auch in unserer Stadt konnten wir erst kürzlich eine zusätzliche Gruppe im Ökumenischen Kindergarten auf Wiehagen einweihen. Hierzu gehören auch die Weiterführung der Schulsozialarbeit, verstärkte Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und zunehmende Unterstützung von Familien und Jugendlichen.
- Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen – die Hilfen zum Wohnen und zur Beschäftigung (Eingliederungshilfe) wurden stetig ausgebaut. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl und der Hilfebedarf der Leistungsempfänger und damit auch die Kosten steigen. Über 90 Prozent des Etats des Landschaftsverbandes als Träger der Behindertenhilfe entfallen auf soziale Leistungen.

Die vorgenannten Leistungen werden durch den Kreis bzw. den Landschaftsverband erbracht und organisiert. Letztlich bezahlen müssen diese aber die Städte und Gemeinden über die Landschaftsumlage bzw. die Kreisumlage. Das wird häufig vergessen.

Der Bund hat den Kommunen versprochen, sie nicht alleine zu lassen. Leider war das ein leeres Versprechen. Zugesagt war vor der Bundestageswahl eine Entlastung von 5 Milliarden € jährlich im Bereich der Behindertenhilfe. Diese soll zwar kommen, aber erst 2018. Das ist deutlich zu spät. Ich prophezeie, dass allein durch die demographische Entwicklung und die damit steigenden Lasten im Bereich der Behindertenhilfe die zugesagte Entlastung verpufft. Bis dahin sind die Belastungen weiter enorm angestiegen, so dass wir nichts mehr von der Bundeshilfe spüren werden.

Auch das Land lässt uns letztlich mit unseren Problemen alleine. So wurde der Anteil der Kommunen an den zentralen Landessteuern – der so genannte Verbundsatz – in den letzten Jahren erheblich reduziert. Erst vor wenigen Wochen haben wir neue Schlüsselzahlen für die Verteilung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer mitgeteilt bekommen, die wiederum zu Verschlechterungen im mittleren sechsstelligen Bereich in unserem Haushalt geführt haben.

Ein anderer Bereich von staatlichen Leistungen ist die Unterstützung für Asylsuchende. In unserem Land kommen immer mehr Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt an. Wir haben die Aufgabe – und diese Aufgabe nehmen wir sehr gerne wahr – diese Menschen nach Kräften zu unterstützen, ihnen ein Dach über dem Kopf zu bieten und auch eine Integration in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Diese Aufgabe nehmen alle Kommunen mit großem Ernst wahr. Auch in unserer Stadt werden die Flüchtlinge hier mit offenen Armen empfangen. Der „Runde Tisch Asyl“ hat deutlich gemacht, dass viele helfen wollen. Die Asylsuchenden sind in keiner Weise ein Problem sondern eine Bereicherung für uns.

Dennoch müssen wir feststellen, dass auch hier Bund und Land uns nicht nur in der Organisation sondern vor allem auch in der Finanzierung alleine lassen. Es wurden jetzt zusätzliche finanzielle Hilfen angekündigt, die sicherlich zu begrüßen sind;. Der Bund hat für Nordrhein-Westfalen zusätzlich 108 Millionen Euro jeweils für 2015 und 2016 angekündigt. Die Landesregierung gibt hiervon aber nur 54 Mio Euro, also exakt die Hälfte an die Kommunen weiter – die Entlastung für unseren Haushalt und damit für den Steuerzahler wird also kaum spürbar sein. Der Löwenanteil der Kosten bleibt nach wie vor bei den Kommunen hängen.

Natürlich ist mir sehr bewusst, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten steckt. Darum kann ich gut verstehen, wenn die Ministerpräsidentin auf dem letzten Gemeindegkongress des Städte- und Gemeindebundes deutlich gemacht hat, dass das Land selbst keine Wohltaten verteilen kann, weil die finanziellen Mittel fehlen. Die Landesregierung verweist auf den Bund und fordert einen anderen Länderfinanzausgleich.

Nicht verstehen kann ich aber, wenn die Regierungschefin im gleichen Vortrag sagt, dass man an den Strukturen im Land nichts ändern könne. Das sehe ich völlig anders. Ob wir in NRW wirklich eine Landesregierung, Bezirksregierungen und Landschaftsverbände, Kreise und Kommunen brauchen, frage ich mich schon seit langem. Strukturveränderungen tun aus meiner Sicht dringend Not – aber es scheint niemand in der Politik den Mut zu haben, diese wirklich anzupacken.

Ich habe den Eindruck, dass hinsichtlich der staatlichen Finanzierung von Leistungen Bund und Land sich gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Entlastungen für Bund und Land werden letztlich über Mehrbelastungen für die kommunalen Haushalte finanziert – frei nach dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde.“

Was können wir nun tun? Auch den „schwarzen Peter“ an andere weiter schieben? Wer sollte das sein? Überhaupt keine Lösung ist es aus meiner Sicht, wenn wir die Probleme an die nächste Generation weitergeben, in dem wir weiter unser Konto überziehen und weitere

Schulden anhäufen. Wir müssen die Probleme heute lösen und dürfen sie nicht in die Zukunft schieben.

Wir bringen heute den Haushaltsplanentwurf 2015 in die Beratungen ein. Das Defizit wird schon im nächsten Jahr deutlich reduziert und ein echter Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen im Jahr 2020 aufgezeigt.

In der letzten Sitzung hat der Rat der Stadt Hückeswagen mit großer Mehrheit die Verwaltung beauftragt, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Wir vermeiden die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, weil wir soweit möglich Reduzierungen auf der Ausgabenseite vorgenommen haben und auf der anderen Seite insbesondere durch umfangreiche Steuererhöhungen die Einnahmen deutlich erhöht haben. Diese Entscheidung ist uns allen nicht leicht gefallen. Sie ist unseren Bürgerinnen und Bürgern schwer zu vermitteln und wird uns keine Freunde machen. Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich meinen Respekt bezeugen – und zwar allen Damen und Herren des Rates: Sowohl diejenigen, die sich für einen Haushalt ohne HSK mit sofortigen Steuererhöhungen ausgesprochen haben als auch die, die dagegen gestimmt haben, taten dies, weil sie Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt wahrnehmen.

Wichtig ist die Botschaft auch für die Bürgerinnen und Bürger von Hückeswagen, dass wir unangenehme Entscheidungen nicht aufschieben und die Probleme nicht der nächsten Generation überlassen:

Hückeswagen handelt verantwortlich – für das jetzt und für die Zukunft!

Der Entwurf des Haushaltes hat für 2015 ein Ausgabevolumen von rd. 32,5 Mio Euro bei erwarteten Gesamterträgen von rd. 31,3 Mio Euro. Somit liegt das erwartete Defizit bei rd. 1,2 Mio Euro und damit sehr deutlich unter dem Defizit des Haushaltes 2014 von rd. 3,8 Mio Euro. Die Struktur des Haushaltes wird Ihnen Herr Tillmanns gleich näher erläutern. Lassen Sie mich nur einige Schlaglichter auf das Zahlenwerk werfen:

Die Ausgabenpolitik der Schloss-Stadt Hückeswagen ist – zumindest was die Bereiche angeht, die wir selbst steuern können – seit langer Zeit äußerst restriktiv. Im **Personalbereich** haben wir seit Jahren die Kosten annähernd gleich halten können – und das trotz entsprechender Tariferhöhungen. Das wird auch für die kommenden Jahre unser Ziel bleiben, wobei ich an dieser Stelle ganz deutlich die Grenzen aufzeigen muss. Wir haben bereits Personalreduzierungen in großem Ausmaß vorgenommen. Wir spüren jetzt ganz deutlich, dass bei gleichbleibenden Aufgaben die Arbeitsverdichtung für jeden einzelnen Mitarbeiter deutlich zugenommen hat und viele an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kommen.

Was unsere Personalausstattung angeht müssen wir in Zukunft investieren. Gute Arbeit ist nur mit qualifiziertem Personal möglich. Wir haben in diesem Jahr Neueinstellungen von Fachkräften als Ersatz für ausgeschiedene Mitarbeiter vorgenommen und sind gut aufgestellt. Und im nächsten Jahr werden wir zum ersten Mal seit längerem auch wieder in der Verwaltung ausbilden. Die Ausbildungsverträge werden gerade ausgearbeitet.

Die Arbeit in den Arbeitsgruppen zur Haushaltskonsolidierung zeigt erste Wirkung. So haben wir im Bereich der **Sachkosten** durch eine pauschale Kürzung rd. 100.000 Euro pro Jahr einsparen können.

Auch die interkommunale **Zusammenarbeit** insbesondere mit Wipperfürth wirkt sich positiv an vielen Stellen im Haushalt aus:

- **Bauhof:** In der letztjährigen Finanzplanung waren wir für 2015 noch von einer Kostensteigerung im normalen Rahmen ausgegangen. Dies ist nun nicht mehr nötig. Im nächsten Jahr wird es hier keine Kostensteigerungen gegenüber 2014 geben, was nur möglich ist, durch entsprechende Einsparungen im Personalbereich des Bauhofes. Noch viel mehr freut mich aber, dass beispielsweise durch eine viel effektivere Maschinenausnutzung die Leistungsfähigkeit des Betriebes deutlich gesteigert werden konnte. Wer in den letzten Wochen mit offenen Augen durch unsere Stadt gegangen ist hat gemerkt, an wie vielen Stellen durch unsere Mitarbeiter Verbesserungen der Straßen erfolgt sind, die wir sonst extern hätten erledigen lassen müssen.
- Im Bereich des **Regionalen Gebäudemanagements** gibt es Einsparungen beispielsweise durch die gemeinsame Ausschreibung der Gebäudereinigung und der Versicherungsleistungen. Durch einen optimaleren Einsatz von vorhandenen Kräften konnten wir auf die Neubesetzung von Hausmeisterstellen verzichten und Reinigungsleistungen optimieren.
- Die von Wipperfürth betriebene gemeinsame **Stadtkasse** macht ebenfalls hervorragende Arbeit und sorgt beispielsweise dafür, dass offenstehende Forderungen zügig geltend gemacht werden.

Mit meinem Kollegen in Wipperfürth und den Fachbereichsleitungen in beiden Städten arbeiten wir daran, weitere Bereiche gemeinsam zu erledigen, um Kostenvorteile zu erzielen und uns gegenseitig zu stärken.

Die im Haushalt dargestellten größeren **Verschlechterungen** sind durch folgende von uns nicht zu beeinflussende Faktoren hervorgerufen:

- Eine Steigerung der Jugendamtsumlage des Kreises um 10 % oder 500.000 Euro pro Jahr
- Die nicht gedeckten Kosten der Versorgung der Flüchtlinge steigt ebenfalls um einen Betrag in etwa gleicher Größenordnung.
- Für Hückeswagen fallen Rückzahlungen von Kosten der Deutschen Einheit in Höhe von rd. 150.000 Euro weg.
- Die Verteilung der Umsatz- und Einkommenssteuer wurde zu unseren Lasten neu festgelegt und führt zu Verschlechterungen von ca. 300.000 Euro pro Jahr.

Wir werden in Zukunft weniger Mittel zur Verfügung haben, die wir für unsere Belange vor Ort einsetzen können. Umso wichtiger ist es, diese mit Augenmaß in die vorhandene **Infrastruktur** zu stecken. Dies geschieht auch mit dem eingebrachten Haushalt. Hierzu nenne ich nur ein paar Beispiele:

- Wie verabredet werden wir die Erneuerung der vorhandenen Brücke in der Brückenstraße im nächsten Jahr planerisch vorbereiten und dann in 2016 tatsächlich ausführen.

- Im Bereich unserer freiwilligen Feuerwehr werden wir die Erneuerung des Fuhrparkes im geplanten Maß kontinuierlich fortsetzen.
- Auch wenn Entscheidungen zur Schulentwicklung noch ausstehen: Erhebliche Investitionen für die energetische Sanierung der Realschulgebäude in einer Größenordnung von 5 Mio. Euro sind im Wirtschaftsplan der HEG als Eigentümerin für die nächsten Jahre eingeplant und wirken sich natürlich auch auf den städtischen Haushalt aus.
- Sowohl bei unseren Gebäuden als auch bei unseren Gemeindestraßen sind im Rahmen unserer Möglichkeiten laufende Unterhaltungsmaßnahmen eingeplant, um größere Substanzverluste zu vermeiden.

Der Entwurf der Haushaltssatzung enthält bezüglich der Sätze für Grund- und Gewerbesteuer die Ihnen bereits bekannten Zahlen. Dennoch gehe ich davon aus, dass wir bis zur Verabschiedung im Februar noch kleinere **Verbesserungen** erzielen. Es gibt nämlich in diesen Tagen auch ein paar positive Nachrichten:

- Die bereits angesprochene außerordentliche Bundeshilfe für den Bereich der **Asylbewerberleistungen** führt wahrscheinlich zu einer Entlastung von rd. 50.000 Euro im nächsten und übernächsten Jahr.
- Das Land hat zugesagt, die Kosten für die **Schulsozialarbeit** zu einem Teil zu übernehmen. Diese wichtige Aufgabe soll fortgeführt werden, was ich ausdrücklich begrüße. Allerdings wird die Ersparnis für uns nicht besonders hoch sein. Unter Berücksichtigung des notwendigen Eigenanteiles bleibt eine Ersparnis von 90.000 Euro für alle Kommunen zusammen
- Noch vor ein paar Wochen sind wir davon ausgegangen, dass es in diesem Jahr erhebliche Einbrüche bei der **Gewerbesteuer** gibt. Seit ein paar Tagen weiß ich, dass das nicht so ist: Es sieht so aus, dass wir in 2014 unsere eingeplanten Steuereinnahmen von 6.5 Mio. Euro auch tatsächlich erzielen werden. Wenn sich dies bei der Endabrechnung am 31.12. so bestätigt, dann bedeutet dies zum einen, dass das Defizit in 2014 nicht so steigen wird, wie befürchtet. Wenn möglich werden wir dies aber auch zum Anlass nehmen, um die Gewerbesteuereinnahmen für 2015 etwas optimistischer vorzusehen.

Das sind positive Nachrichten. Da diese zum Teil erst ein paar Tage alt sind, konnten wir sie noch nicht im Haushaltsplanentwurf verarbeiten. Wir werden aber – das kann ich jetzt schon versprechen – alle Spielräume nutzen, um insbesondere den vorgesehenen Steuersatz für die Grundsteuer B zu reduzieren – und wenn es nur 5 oder 10 Punkte sind.

Meine Damen und Herren, wir sind in einen sehr ehrlichen und harten Diskussionsprozess über die Konsolidierung unserer kommunalen Finanzen eingestiegen. Wir haben schon viel erreicht, haben aber auch noch einen langen Weg vor uns.

Mit dem Haushaltsplanentwurf erhalten Sie heute auch die von der Kommunalaufsicht geforderte Aufstellung der freiwilligen Leistungen und Hinweise zu erfolgten und möglichen Standardreduzierungen; Sie werden erkennen, dass wir hier nicht mehr viel Luft nach unten haben. Die Verwaltung macht Ihnen hierzu Vorschläge, über die wir in den nächsten Wochen intensiv sprechen müssen. Gerade was die Unterstützung unserer Vereinslandschaft angeht, die für den Zusammenhalt in unserer Stadt sehr wichtig ist, dürfen wir hier nicht mit dem Rasenmäher vorgehen.

Meine Damen und Herren, als Rat und Verwaltung sind wir Sachwalter der uns von unseren Bürgerinnen und Bürgern, von den Unternehmen in der Stadt anvertrauten Ressourcen. Die Menschen in Hückeswagen müssen verstehen, warum und wie wir unsere Entscheidungen zu Finanzen und Steuern treffen. Darum werden wir am 19. Januar im Forum eine Informationsveranstaltung durchführen. Wir alle – die Verwaltung, die Ratsfraktionen, der Bürgermeister – möchten mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog eintreten und ihre Meinung dazu hören. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass das gelingt. Dann sind die nächsten Wochen und Monate auch eine große Chance, mit den Menschen in Hückeswagen neu fest zu legen, was uns wirklich wichtig ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!